

Informationsvorlage		Vorlage-Nr: 2022/MC/028
Federführend: Bürgermeister		Status: öffentlich
		Datum: 15.02.2022
		Verfasser: Herr A. Müller
		FBL: Herr A. Müller
Bericht des Bürgermeisters über die in nicht öffentlicher Sitzung am 08.12.2021 gefassten Beschlüsse der Stadtvertretung, über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt		
Behandlung	Termin	Beratungsfolge
Öffentlich	23.02.2022	Stadtvertretung der Stadt Malchin

Information:

Die Stadtvertretung nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Anlagen:

Bericht des Bürgermeisters

Verwaltungsbericht zur Sitzung der Stadtvertretung am 23. Februar 2022

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

ich hatte in meinem letzten Verwaltungsbericht über eine Beschwerde der AfD- Fraktion vom 12. November 2021 bezüglich der Auftragsvergabe zur Marktpflasterung in Malchin berichtet.

Mit Schreiben vom 6. Januar 2022 hat mir die Rechts- und Kommunalaufsicht des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte unter anderem folgendes mitgeteilt.

Ich zitiere:

„Ihre Handlung als Bürgermeister stellt somit einen Verstoß gegen die kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften sowie gegen die Regelungen der Hauptsatzung der Stadt Malchin dar. Jedoch ist das Maß an disziplinarrechtlicher Erheblichkeit vorliegend nicht erreicht. Ein Grund hierfür ist, dass trotz des Nichtvorliegens einer äußersten Dringlichkeit eine nachträgliche Genehmigung vom originären Hauptausschuss erteilt wurde, auch wenn diese aufgrund des Vorgenannten einen reinen deklaratorischen Charakter hat. Das Vertrauensverhältnis zwischen den kommunalen Gremien und Ihnen als Bürgermeister scheint nicht gravierend gestört worden zu sein.

In meiner Beratungsfunktion als untere Rechtsaufsichtsbehörde darf ich sie ausdrücklich darum bitten, bei zukünftigen Dringlichkeitsangelegenheiten die Ihnen gemäß Kommunalverfassung zustehenden Rechte und Pflichten sowie Regelungen hinsichtlich der nach Wertgrenzen übertragenen Aufgaben in der Hauptsatzung der Stadt Malchin zu beachten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Möglichkeit, dass bei zukünftigen Kompetenzüberschreitungen das gedeihliche Miteinander der Gemeindeorgane und das bestehende Vertrauensverhältnis dauerhaft geschädigt werden kann“.

Zitat Ende.

Ich hatte ja bereits in meinem Verwaltungsbericht betont, dass diese von mir getroffene Entscheidung eine Ausnahme war, die der damals aktuellen Situation geschuldet war. Dafür, dass Sie mehrheitlich mein Handeln durch die nachträgliche Auftragsvergabe legitimiert haben, möchte ich mich noch einmal bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

die Corona- Pandemie und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaft halten uns nach wie vor in Atem. Die Vielzahl der Regelungen, die unterschiedliche Auslegung der Regeln, die zum Teil schlechte Kommunikation der Regeln haben auch in unserer Bevölkerung zu Ärger und Verdruss geführt, der sich unter anderem in den seit nunmehr einigen Wochen anhaltenden Demonstrationen am Sonntagnachmittag auch bei uns in Malchin zeigt.

Sehr positiv zu bewerten ist allerdings die Tatsache, dass die Demonstrationen bei uns durch die Organisatorin bei der zuständigen Versammlungsbehörde angezeigt werden und durch diese genehmigt sind. Als sehr positiv bewerte ich auch den Ablauf der Demonstrationen sowie den Umgang mit der Polizei, die die Demonstrationen jeden Sonntag absichern. Hier gibt es kein gegeneinander, sondern ein miteinander, was der Demonstrationskultur sehr zugute kommt.

Die Veranstalterin und der Bürgermeister haben vereinbart sich in Kürze zu treffen, um die Anliegen der Demonstrationsteilnehmer direkt zu besprechen und zu prüfen, ob und wie wir gemeinsam dazu beitragen können, weiterhin eine vernünftige Diskussionskultur zu pflegen wo die Argumente des jeweils anderen gehört werden um so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Auch die konkreten wirtschaftlichen Folgen in Folge der geplanten berufsgruppenbezogenen Impfpflicht für einzelne Unternehmen in Malchin sollen besprochen werden.

Erste Betriebsschließungen infolge der Corona- Pandemie hat es auch bei uns gegeben. So hat zum Beispiel die Stadtbäckerei Kühl in der Steinstraße ihre Filiale auf Grund stark zurück gegangener Umsätze schließen müssen. Die starken Dieselpreisunterschiede zwischen der Bundesrepublik und Polen von bis zu 0,60€/l machen zum Beispiel unseren heimischen Spediteuren stark zu schaffen, die zum Teil extrem gestiegenen Materialkosten sorgen bei unseren eigenen Bauvorhaben zu Verzögerungen bzw. Nachfinanzierungen. Geringere Schlüsselzuweisungen seitens des Landes MV und die angekündigte Erhöhung der Kreisumlage durch den Landkreis verschärfen diese Situation noch.

Aus diesem Anlass haben wir im Rahmen unserer regelmäßigen Bürgermeisterberatung am 26. Januar 2022 den verantwortlichen Amtsleiter für Finanzen des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte (LK MSE), Herrn Axel Chudy, eingeladen. Herr Chudy hat uns über die aktuelle Haushaltssituation des Landkreises und über die geplante Festsetzung der Kreisumlage auf 45,025% (2021 43,294%) informiert. Die Erhöhung der Kreisumlage begründete Herr Chudy im Wesentlichen mit geänderten gesetzlichen Standards in den Bereichen Jugend und Soziales, die er im Einzelnen auch vorstellte.

Nach einer intensiven, konstruktiven aber auch kontroverser Diskussion verständigten sich die Bürgermeister unseres Amtes darauf, dass im Ergebnis der Anhörung der Gemeinden durch den Landkreis MSE der Erhöhung der Kreisumlage auf Grundlage der aktuellen Haushaltssituationen unserer Städte und Gemeinden nicht zugestimmt wird. Ein entsprechendes Schreiben mit einer ausführlichen Begründung wurde dem Landkreis MSE fristgerecht zugestellt.

Um die finanzielle Situation und die daraus resultierenden Folgen für unsere Städte und Gemeinden auch den aktuellen Kreistagsmitgliedern aus unserer Region zu verdeutlichen, hat die Amtsleiterin für Zentrale Dienste und Finanzen am 27. Januar 2022 die Auswirkungen einer geplanten Kreisumlageerhöhung auf unsere kommunalen Haushalte erläutert. Die anwesenden Kreistagsmitglieder waren sich einig, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dahingehend zu wirken, die Kreisumlage bei 43,294% zu belassen, was auf Basis der aktuellen Umlagegrundlagen immer noch eine Mehreinnahme für den Landkreis MSE von ca. 10 Mio.€ bedeuten würde (bei 45,025% etwa 15 Mio.€). Eine Festsetzung der Kreisumlage auf 45,025% würde für unsere Stadt gegenüber dem Ergebnis 2021 eine Mehrbelastung von ca. 470 T€ bedeuten, was sich natürlich dann auch in unserer aktuellen Haushaltsplanung widerspiegeln wird.

Das Bauvorhaben „Sanierung der Siegfried- Marcus- Schule“ ist das Vorhaben, welches uns zurzeit am meisten fordert. Ein extra nur zu diesem Zweck aufgestelltes Hausmeisterteam bewältigt gegenwärtig den Umzug in das Haus 2 des Gymnasiums. Dank der guten organisatorischen Vorbereitung von Kollegen aus den Bereichen des Amtes für Zentrale Dienste und dem Bauamt wie auch der guten Zusammenarbeit mit der Schulleitung unserer Schule verläuft der Umzug planmäßig und aktuell ohne größere Probleme.

Die Beschlussfassung gemäß der Schulkapazitätsverordnung des Landes MV für unsere Regionale Schule erfolgt in Absprache mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte als Träger der Schulentwicklungsplanung erst nach Vorlage der endgültigen und bestätigten Planungsunterlagen für unser komplexes Umbau- und Sanierungsvorhaben.

Die Abstimmungen bezüglich der Förderung nach dem Digitalpakt Schule mit dem Landesförderinstitut, dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung und dem Zweckverband Elektronische Verwaltung laufen derzeit.

Für den Umbau des ehemaligen Stadthauses zur zeitweisen Unterbringung unserer Schüler der Klassen 5 und 6 ist die Ausschreibung der Bauleistungen erfolgt. Die Beauftragung der Bauleistungen kann allerdings erst noch der Übergabe des Fördermittelbescheides durch das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung erfolgen. Wir gehen davon aus, dass dies spätestens zum Ende des Monats erfolgen wird, so dass der Fertigstellungstermin 30. April 2022 gehalten werden kann.

Ein weiteres Bauvorhaben, welches wir intensiv vorbereiten, ist die Sanierung und der Umbau der Lindenturnhalle zu einer Multifunktionshalle. Am 12. Januar 2022 fand dazu in unserem Haus mit Vertretern des Staatlichen Bau- und Liegenschaftsdienstes (SBL) eine Vorbesprechung zur anstehenden baufachlichen Prüfung der Planungsunterlagen statt. Im Ergebnis wurde festgelegt, dass die Planungsunterlagen nun endgültig fertiggestellt und zur abschließenden Prüfung eingereicht werden können. Die baufachliche Prüfung durch den SBL ist Voraussetzung für die Ausreichung des Fördermittelbescheides durch Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung.

Wie Sie aus verschiedenen Beratungen und Diskussionen, zum Beispiel im zuständigen Fachausschuss wissen, wird unser Jugendtreff im Steintor von unseren Kindern und Jugendlichen sehr gut angenommen. Das hat aktuell zur Folge, dass nicht mehr alle interessierten Kinder und Jugendlichen auf Grund der eingeschränkten Platzkapazität die verschiedenen Angebote nutzen können. Daher war und ist es notwendig, alternative Raumangebote zu prüfen. Aus diesem Grund fand am 1. Februar 2022 eine Besichtigung der ehemals durch die Musikschule genutzten Räumlichkeiten in der Achterstraße statt. An der Begehung nahmen Vertreter des Kinder und Jugend- Treff (kiJu) Malchin e.V., die erste Stadträtin Frau Rißer, Herr Andreas Teggatz als Vorsitzender des Schul- und Sozialausschusses sowie der Bürgermeister teil. Zeitweise waren auch Vertreter der Schalmeienkapelle anwesend, die ebenfalls Interesse an der Nutzung der Räumlichkeiten signalisiert haben. Allerdings sind die Räume als Proberäume für die Schalmeienkapelle nicht geeignet.

In einem sich an die Begehung anschließenden Arbeitsgespräch wurden die möglichen Nutzungsideen, Nutzungsvarianten und Nutzungsmöglichkeiten der Räumlichkeiten mit den Anwesenden Partnern besprochen. Diese Ideen und Vorschläge werden jetzt zu einem Konzept zusammengefasst und in der nächsten Sitzung des Schul- und Sozialausschusses vorgestellt, diskutiert und der Stadtvertretung zur Entscheidung vorgelegt. Der Kinder- und Jugendtreff Malchin e.V. ist aus dem Förderverein der Grundschule hervorgegangen. Zielgruppe des Kiju Malchin sind weiterhin Kinder und Jugendliche im Alter von 8- 14 Jahren.

Ich hatte in meinem letzten Verwaltungsbericht auch darüber informiert, dass der langjährige Leiter des Diakonie- Pflegeheimes „An der Bleiche“ zum Jahresende in den Ruhestand geht. Als neues Leitungsteam wurden nun Frau Dagmar Pieper und Frau Elke Schoknecht berufen. Ich denke, dass ich auch in Ihrem Namen spreche, wenn wir beiden Damen viel Erfolg in Ihrem anspruchsvollen Beruf wünschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

Ende Januar haben wir nun endlich vom Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit den lang erwarteten Fördermittelbescheid für den Ausbau des Radweges von Malchin über Gielow nach Schwinkendorf erhalten. Das Ministerium unterstützt den Bau des Radweges mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 1.366.872,30 Euro. Das sind 90% der förderfähigen Kosten. Unser Haus hat die Bauleistungen mittlerweile öffentlich ausgeschrieben, so dass mit der Baufeld- und Trassenfreimachung noch in diesem Monat begonnen werden kann.

Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in Scharpzwow konnte bis zum Jahresende nicht mehr fertiggestellt werden. Die erforderlichen Tiefbau- und Verlegearbeiten führt im Auftrag der e-dis AG die Mecklenburgische Energie- und Anlagenbau GmbH, NL Grimmen, aus. Nach aktuellem Stand sollen die Arbeiten bis Ende April abgeschlossen sein.

Abgeschlossen ist mittlerweile die Fällung von 129 Alleebäumen an der Kreisstraße Ortsausgang Malchin in Richtung Pisede. Die Alleebäume waren durch starken Pilzbefall und der damit einhergehenden Stammfäule in ihrer Standsicherheit stark beeinträchtigt, so dass die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet war.

Als Ersatz wird nach Auskunft des Straßenbaulastträgers Landkreis Mecklenburgische Seenplatte eine einreihige Stieleichenallee neu gepflanzt.

Wie wichtig die regelmäßige Kontrolle unserer Bäume auf Standsicherheit ist, hat der Sturm in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 2022 gezeigt. Die Kameraden unserer Feuerwehr hatten insgesamt 26 sturmbedingte Einsätze, vorrangig wegen umgestürzter Bäume oder beschädigter Dächer. Glücklicherweise sind weder Kameraden der Feuerwehr noch Bürger unserer Stadt zu Schaden gekommen. Die materiellen Schäden habe ich hier jetzt nicht betrachtet.

Am 9. Februar 2022 hat der Bürgermeister den Amtwehrführer, der Stadtwehrführer, den zuständigen Amtsleiter und den zuständigen Mitarbeiter für den Bereich Feuerwehr zu einer Auswertung des Einsatzes in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 2022 eingeladen. Besprochen wurden u.a. die Notwendigkeit einer Führungsgruppe Feuerwehr auf Amtsbasis, die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Kameraden während des Einsatzes, das

Hinzuziehen weiterer Hilfskräfte (z. Bsp. Hilfe beim Beräumen der Straßen von umgestürzten Bäumen), das Sperren von Straßen für spätere Aufräumarbeiten und das Alarmieren und Einbeziehen der Straßenbaulastträger bei solchen Großschadensereignissen.

Herr Feldmann und der Bürgermeister haben unseren Kameraden in den Feuerwehren Malchin und Remplin persönlich für Ihre Einsatzbereitschaft gedankt.

In meinem letzten Verwaltungsbericht hatte ich auch darüber informiert, dass unser Weihnachtsbaum von der Rathauustreppe kurz nach seinem Aufstellen von Unbekannten gestohlen wurde. Dank eines Hinweises konnte der verschwundene Tannenbaum durch die Polizei sichergestellt und an uns zurückgegeben werden.

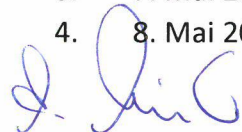
Die nun nicht mehr ganz neuen gesetzlichen Änderungen im Schornsteinfegerwesen haben nicht nur in Malchin für viel Unruhe gesorgt. Das nicht immer glückliche agieren des zuständigen Bezirksschornsteinfegermeister hat oftmals nicht dazu beigetragen, die verunsicherten Bürger aufzuklären und so dem Ordnungsamt eine Vielzahl Ordnungswidrigkeitsanzeigen eingebracht. Dank der guten und gezielten Information durch die Mitarbeiter unseres Ordnungsamtes konnte im Laufe der Zeit die Situation entspannt werden.

Mit Datum 31. Dezember 2021 hat der bis dato zuständige Bezirksschornsteinfegermeister seinen Kehrbezirk zurückgegeben. Der für die Besetzung zuständige Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hat den Kehrbezirk aktuell zur Neubesetzung ausgeschrieben. Ein Ausschreibungsergebnis liegt noch nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtvertreter,

zum Schluss meines Verwaltungsberichtes möchte ich Sie über folgende Veranstaltungen/Termine informieren:

1. 9. April 2022- Rathausball
2. 29. April 2022- Jahresanlauf
3. 7. Mai 2022- Lichterfest Stadtpark
4. 8. Mai 2022- Bürgermeisterwahl



Axel Müller
Bürgermeister

Anlagen: Ergebnisse der Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg

Verwaltungsbericht zur Sitzung der Stadtvertretung 23. Februar 2022

1. Einsätze Feuerwehr

- 17.1. bis 19.02. 62 Alarmierungen, davon 52 im Stadtgebiet
 - Davon u.a. am 29.1.- 5 Einsätze
 - 30.1.- 20 Einsätze
 - 19.2.- 23 Einsätze
- 42 Bäume
8x Dächer
1x Schornstein
1x Werbeschild
- Einsatzzeiten am 30.1. von 0.17 Uhr bis 13.12 Uhr und am 19.2. von 2.53 Uhr bis 14.34 Uhr
- Stadtbauhof beräumt Bäume+ Kontrollen (Baumkronen, Standsicherheit)
 - Großes Dankeschön an alle Kameraden der FFW, MA Bauhof + Verständnis, dass das Aufräumen etwas länger dauert, Priorität Stadtgebiet, dann Alleebäume in Randbereichen (Liegen auf dem Acker, kommen wir nicht ran, zu nass)

2. Klärschlamm- Kooperation MV

- Am 23.3.2022 wird BGM der aktuelle Sachstand vorgestellt
- Meinungsbild der beteiligten Kommunen und Zweckverbände wird erläutert
- Stand Fördermitteleinwerbung für Investition- derzeit noch keine Fördermittelzusagen seitens des Landes

3. Leiter Peenebad- Ausschreibung erfolgreich, Dienstantritt 1.4.2022

- ### **4. Haben zum 15.2.2022 einen neuen MA in Tourismusinformation,**
- bereitet aktuell die Saison vor, so u.a. Inventur, Überarbeitung Vermieterverzeichnis,
- Bereitet aktuell u.a. im Rahmen des Re- Start- Managements Straßenfest zur Belegung der Innenstadt vor

5. Wirtschaftsausschuss des Kreistag am 22.2.22

- Haushaltsentwurf des LK
- Kreisumlage wird nicht um 1,73% erhöht, sondern nur um 1%
- Auswirkungen auf den Haushalt wird Frau Rißer im nächsten Finanzausschuss erläutern
- Bekommen noch eine genaue Gemeindefinanzanalyse vom LK

6. TV MSE

- Hat Beitragserhöhung angekündigt, soll auf außerordentlichen Mitgliederversammlung im April beschlossen werden
- In BGM-Dienstberatung BGM dagegen
- Vorsitzender TV MSE und GF TV werden eingeladen, sollen Beitragserhöhung erläutern
- Termin wird derzeit abgestimmt (in den nächste zwei Wochen)

7. Fragen aus Hauptausschuss

- Gartenanlage Burgwallweg- VZ wurde gerichtet
- VZ in Grünfläche Dressel- Straße geborgen
- - farbliche Gestaltung Schaltschränke Breitband- Gespräch mit Landwerken wird geführt, noch kein Ergebnis
- Parkausweis Steinstraße- sind keine ausgestellt

8. Tischvorlage 2022/MC/029

- LK hat gestern mitgeteilt, dass der Zuwendungsbescheid für die Planungsleistungen 3. BA Gestaltung Schlossinnenhof, hier Ausbau Kapellenweg, in Kürze ausgereicht wird,
- Ausschreibung der Planungsleistung ist vorbereitet
- Maßnahme Bestandteil Dorfkonzeption
- Bitte: BGM wird bevollmächtigt, nach Ausschreibung Planungsauftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben

9. MC2022/MC/027

- Finanzierung der Vereinsarbeit erfolgt über Fördermittel der EU, des Bundes, des Landes, verschiedener Stiftungen und Spenden sowie durch Projektbeteiligungen
- 10.3. tagt der Aufsichtsrat, soll Beitragsordnung diskutiert und beschlossen werden
- Mitgliedsbeitrag für Städte: 100 €/Jahr
- Aufsichtsrat: Frau Dürfeld- Gymnasium
Frau Tiefmann- WBV Obere Peene
Frau Dr. Müller- Bauernverband
Herr Schacht- GF WBV
BGM Stadt Malchin

Vereinsvorsitz: Frau Dr. Berghöfer

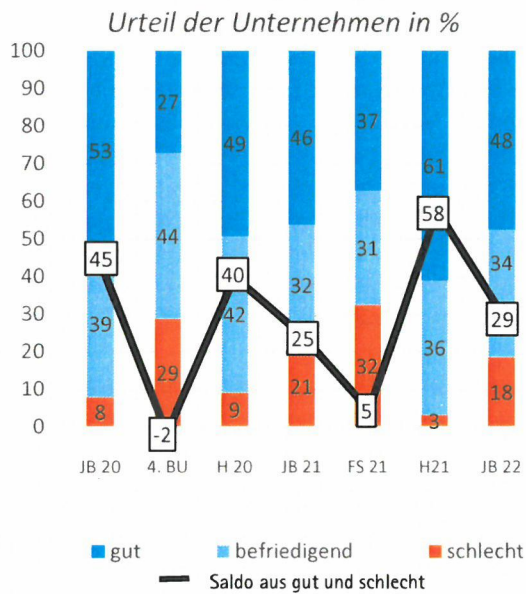
Fertigstellung Innenausbau Elektro/Heizung: August 2022

Energetische Sanierung Fenster/Dämmung: 2023

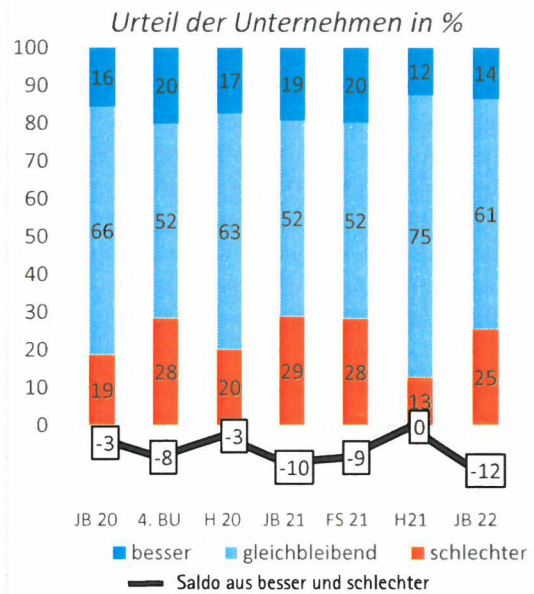
Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Jahresbeginn 2022

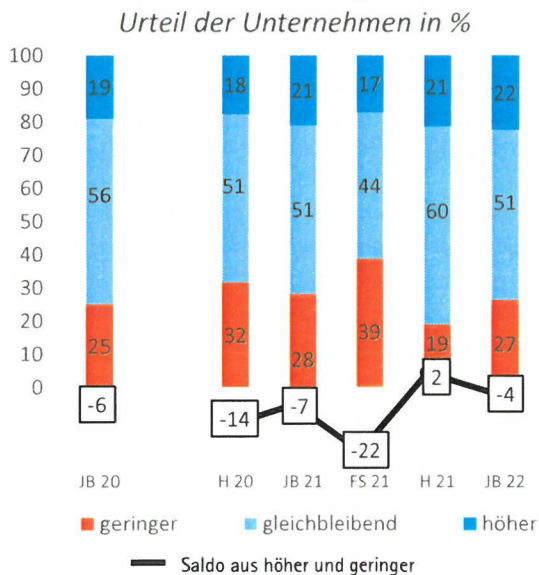
Geschäftslage¹⁾



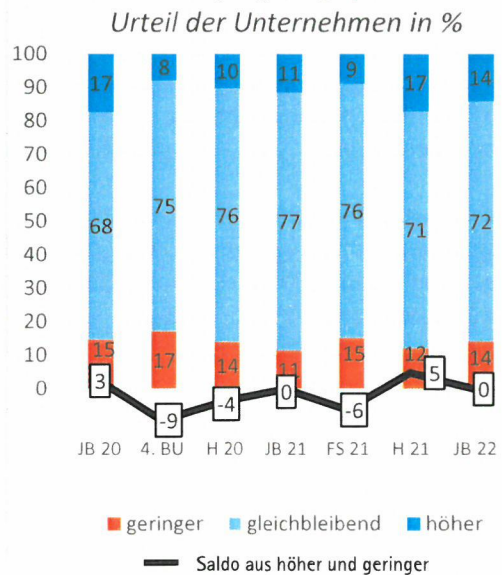
Geschäftserwartungen¹⁾



Investitionsausgaben¹⁾



Beschäftigungspläne¹⁾



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Regionale Wirtschaft fährt auf Sicht

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 20. Dezember 2021 bis 21. Januar 2022 befragt.¹ Während bei der Vorumfrage vom Herbst 2021 (H 21) die Unternehmen nur relativ geringen pandemiebedingten Einschränkungen ausgesetzt waren und aufgrund der Impfungen zuversichtlich auf die kommenden Monate blickten, können nun erneut viele Unternehmen nur eingeschränkt ihrer Geschäftstätigkeit nachgehen und sind ohne klare Perspektive für die kommenden Monate. **Dementsprechend schlechter fällt die Beurteilung der Geschäftslage aus. Der Saldo zwischen „gut“ und „schlecht“-Meldungen ist von 58 auf 29 Prozentpunkte gefallen und der Erwartungssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „besser“ und „schlechter“-Meldungen) erreicht mit -12 Prozentpunkten den seit Pandemiebeginn niedrigsten Stand. Jedes vierte Unternehmen erwartet für die kommenden 12 Monate eine ungünstigere Geschäftsentwicklung.**

Zur schlechteren Beurteilung der Geschäftslage tragen besonders die Einschränkungen im Gast- und Reisegewerbe, im stationären Einzelhandel, den körpernahen Dienstleistungen und in der Veranstaltungswirtschaft bei. Aber auch von den anderen Branchen wird die Lage schlechter eingeschätzt als noch zur Herbstumfrage. Coronabedingt ausfallende Mitarbeiter, Lieferengpässe und starke Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie belasten die Geschäfte und beeinträchtigen die Gewinne. Der Gewinnlagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“ und „schlecht“-Meldungen) ist von +35 Prozentpunkten in der Vorumfrage auf nun 6 Prozentpunkte gefallen. Daher überrascht es nicht, dass die Unternehmen von einer verschlechterten Finanzlage berichten. Nur noch 61 % (H 21: 76 %) der Unternehmen halten ihre Finanzlage für unproblematisch. 27 % (H 21: 19 %) der Unternehmen klagen über Eigenkapitalrückgang und 14 % (H 21: 7 %) über Liquiditätsengpässe.

Die pessimistischen Erwartungen sind auf die hohe Planungsunsicherheit zurückzuführen. Nach immer wieder neuen Überraschungen bei der pandemischen Entwicklung ist die Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und die zukünftigen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sehr hoch. Unternehmen und Konsumenten sind vorsichtig und halten sich mit Aufträgen, Bestellungen und Buchungen zurück. Zusätzlich verringern Lieferengpässe bei Rohstoffen, Vorprodukten und Waren die Planbarkeit. 58 % der Unternehmen klagen über längere Wartezeiten, 23 % können bestehende Aufträge nicht abarbeiten und 9 % müssen neue Aufträge ablehnen. Infolge der Lieferengpässe steigen die Preise für knappe Produkte. Dass sich die Lieferkettenprobleme bald lösen werden, erwarten nur wenige Unternehmen. 18 % rechnen damit für das Jahr 2023, aber fast die Hälfte der Unternehmen wagt keine Prognose. Diese große Unsicherheit bzgl. der Versorgung mit Rohstoffen, Vorprodukten und Waren und die stark gestiegenen Energiepreise haben zur Folge, dass **69 % der Unternehmen in der Rohstoff- und Energiepreisentwicklung das größte Geschäftsrisiko sehen.** Der Fachkräftemangel ist an die zweite Stelle gerückt, wird damit aber ähnlich oft als Geschäftsrisiko genannt wie vor der Pandemie. 41 % der Unternehmen beklagen, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können (H 21: 45 %).

Die schlechtere Beurteilung der Geschäftslage und die pessimistischeren Erwartungen gegenüber der Umfrage vom Herbst 2021 führen zu einem **kräftigen Rückgang des Konjunkturklimaindexes von 125 auf 107 Indexpunkte** (Abb. 1).² Sollte die Pandemie zu einem schnelleren Ende kommen oder sich die Lieferkettenprobleme zügiger auflösen, als es die Unternehmen im Umfragezeitraum erwartet haben, würde sich die Stimmung unter den Unternehmen sicherlich rasch verbessern.

Die aktuell negativen Erwartungen der Unternehmen bremsen ihre Investitionsbereitschaft. Der Anteil an Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben zu reduzieren planen, ist gegenüber der Vorumfrage gestiegen, so dass der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „höher“ und „geringer“-Meldungen) von +2 auf -4 Prozentpunkte gefallen ist. Außerdem geben wieder mehr Unternehmen an, keine Investitionen zu planen (JB 22: 18 %, H 21: 11 %). Als Investitionsmotiv hat Umweltschutz an

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 851 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 320. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

² Der Konjunkturklimaindikator kann Werte von 0-200 annehmen und lag im Mittel der letzten 10 Jahre bei 118 Indexpunkten.

Bedeutung gewonnen. Erstmals geben 20 % der Unternehmen Umweltschutz als Hauptmotiv an. Dennoch spielen die anderen Investitionsmotive, insbesondere Kapazitätserweiterungen, noch eine größere Rolle für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen der Region.

Auch die Erwartungen der Unternehmen bzgl. der Entwicklung ihrer Belegschaft haben sich wieder eingetrübt. Etwa gleich viel Unternehmen gehen von einer steigenden wie sinkenden Mitarbeiterzahl aus.

Abb. 1

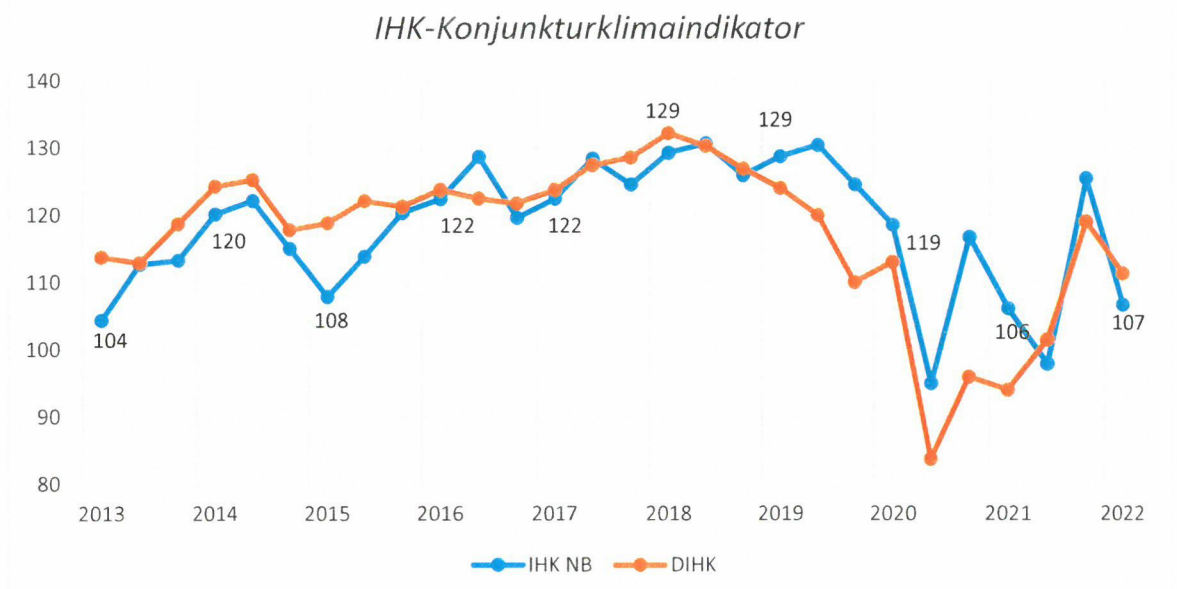
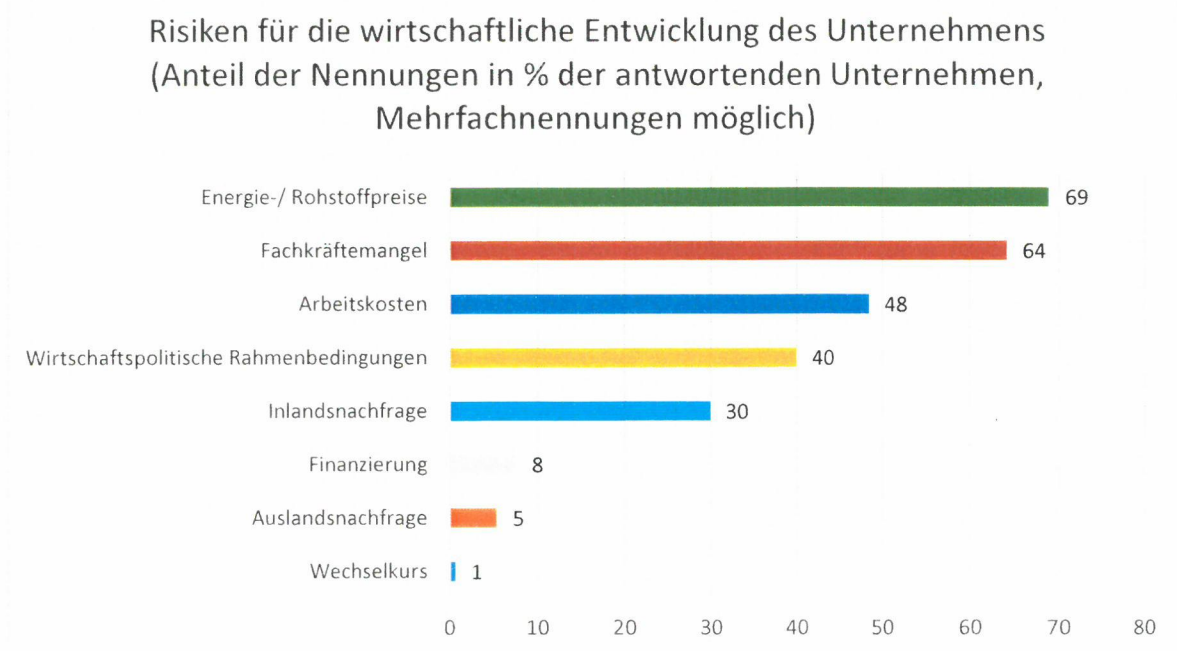


Abb. 2



Die Entwicklung in den Branchen

In der *Industrie* bezeichnen 92 % der Unternehmen ihre Lage als „gut“ oder „befriedigend“. Im Umgang mit der Pandemie hat sich eine gewisse Routine eingestellt, obwohl die betrieblich zu ergreifenden Coronamaßnahmen nach wie vor eine große Herausforderung für die Unternehmen darstellen. Gegenüber der Herbstumfrage 21 hat sich die Situation allerdings verschlechtert. Der Lagesaldo ist von 59 auf 47 Prozentpunkte zurückgegangen (Abb. 3). 84 % der Industrieunternehmen geben an, stark oder mittelmäßig von Lieferschwierigkeiten, wie Wartezeiten, Engpässen oder Nichtverfügbarkeit betroffen zu sein (Abb. 4). Zum Teil müssen sie, wenn Liefertermine nicht eingehalten werden können, Vertragsstrafen entrichten. 29 % der Unternehmen geben an, bestehende Aufträge nicht abarbeiten zu können. Von Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Waren sind 84 % der Unternehmen stark, 8 % in mittlerem Umfang betroffen (Abb. 5). Sie können nur zum Teil an die Kunden weitergegeben werden, so dass 91 % der Industrieunternehmen Ertragseinbußen erleiden. Nichtverfügbarkeiten und Preisveränderungen bei Rohstoffen und Vorprodukten erhöhen außerdem den Planungsaufwand der Industrieunternehmen und belasten auch dadurch die Erträge. Der Gewinnlagesaldo ist dementsprechend von 28 auf 16 Prozentpunkte gegenüber der Vorumfrage gefallen. Die Finanzlage der Unternehmen wird beeinträchtigt. Klagen über Liquiditätsgpässe (JB 22: 14 %; H 21: 8 %) und erschwerten Zugang zu Fremdkapital (JB 22: 8 %, H 21: 0 %) haben zugenommen.

Eine rasche Normalisierung der Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten erwarten nur wenige Industrieunternehmen. Die Hälfte rechnet damit in der 2. Jahreshälfte oder sogar erst im Verlauf von 2023. Für 84 % der Industrieunternehmen ist daher die Rohstoff- und Energiepreisentwicklung das größte Risiko für die Geschäftsentwicklung in den kommenden 12 Monaten. Das schlägt sich in den Geschäftserwartungen nieder. Der Erwartungssaldo ist auf -13 Prozentpunkte (H 21: +11 Prozentpunkte) gefallen. Angesichts des Materialmangels nützt es wenig, dass 61 % der Industrieunternehmen – so viele wie zuletzt vor Pandemiebeginn – von einer guten Auftragslage berichten.

Angesichts der gegenüber der Herbstumfrage deutlich pessimistischeren Erwartungen, ist die Investitionsbereitschaft nur moderat zurückgegangen (Investitionssaldo JB 22: -3 Prozentpunkte, H 21: +3 Prozentpunkte). Auch die geplanten Investitionshöhen liegen nur wenig unter denen der Vorumfrage. Hier könnte eine Rolle spielen, dass die nach wie vor niedrigen Kreditzinsen Anreize setzen, noch in diesem Jahr zu investieren. Neben Ersatzinvestitionen sind vor allem Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen vorgesehen. Jedes vierte Unternehmen investiert in den Umweltschutz.

Während wie in der Vorumfrage 16 % der Unternehmen von einer steigenden Mitarbeiterzahl in den kommenden 12 Monaten ausgehen, erwarten mehr Unternehmen (JB 22: 21 %, H 21: 14 %) eine schrumpfende Belegschaft. Der Arbeitskräftemangel ist etwas weniger drückend als noch im Herbst 2021: Offene Stellen bleiben seltener unbesetzt und mehr Unternehmen haben aktuell keinen Personalbedarf.

43 % der befragten Industrieunternehmen tätigen Exporte. Auch die Nachfrage aus dem Ausland ist zurzeit kein Hemmschuh. Die Anzahl an Unternehmen, die von steigenden Exporten ausgeht, überwiegt diejenige mit sinkenden Exporterwartungen.

Abb. 3

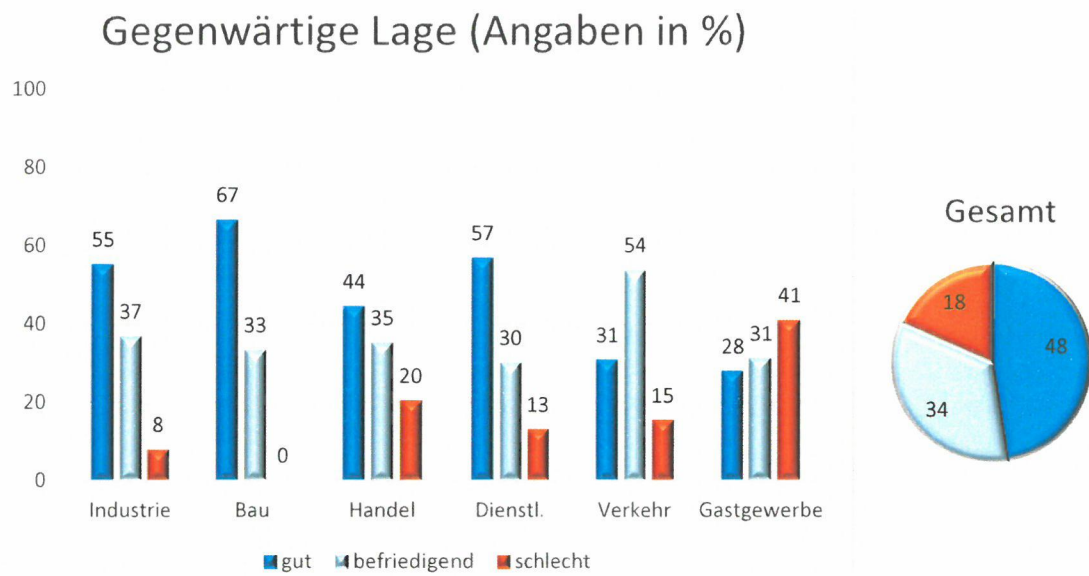


Abb. 4

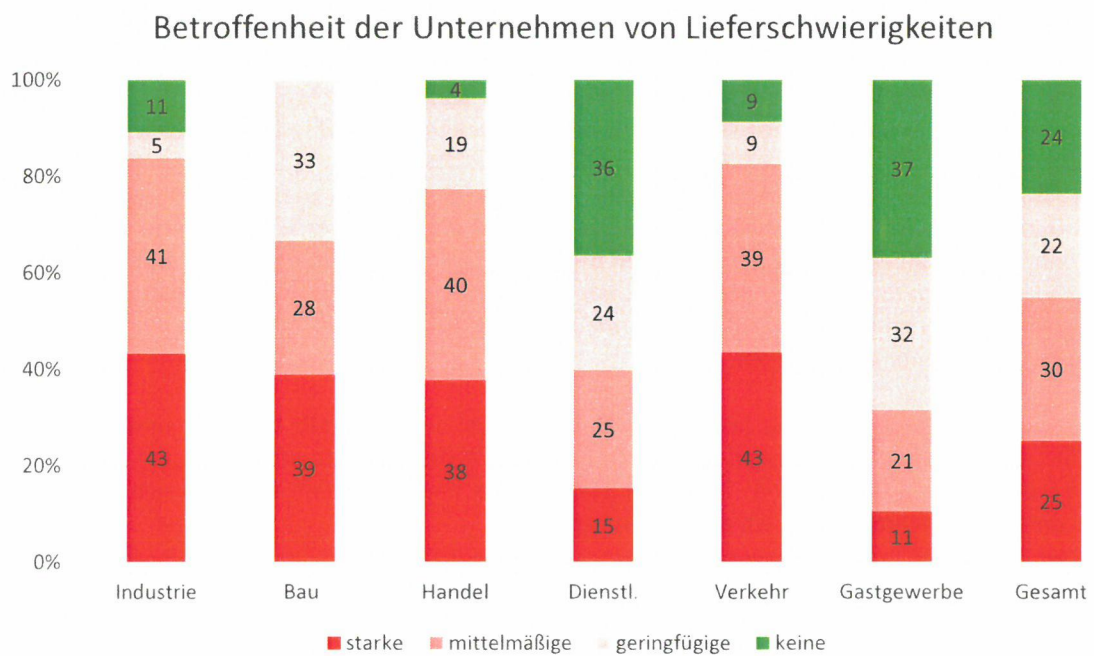
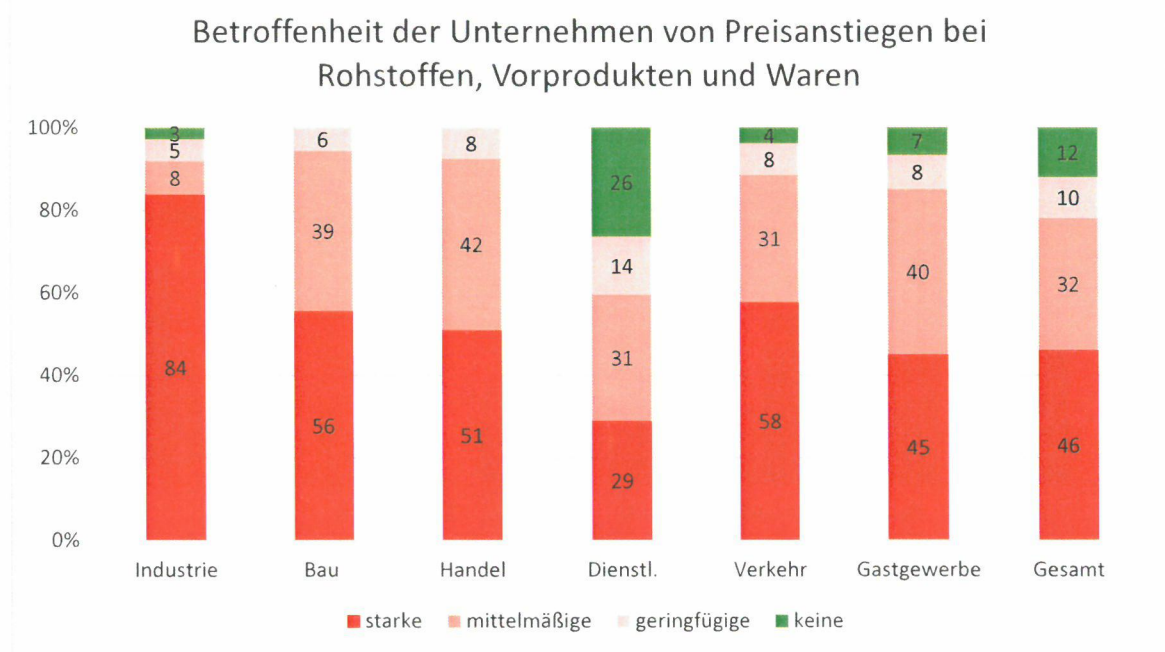


Abb. 5

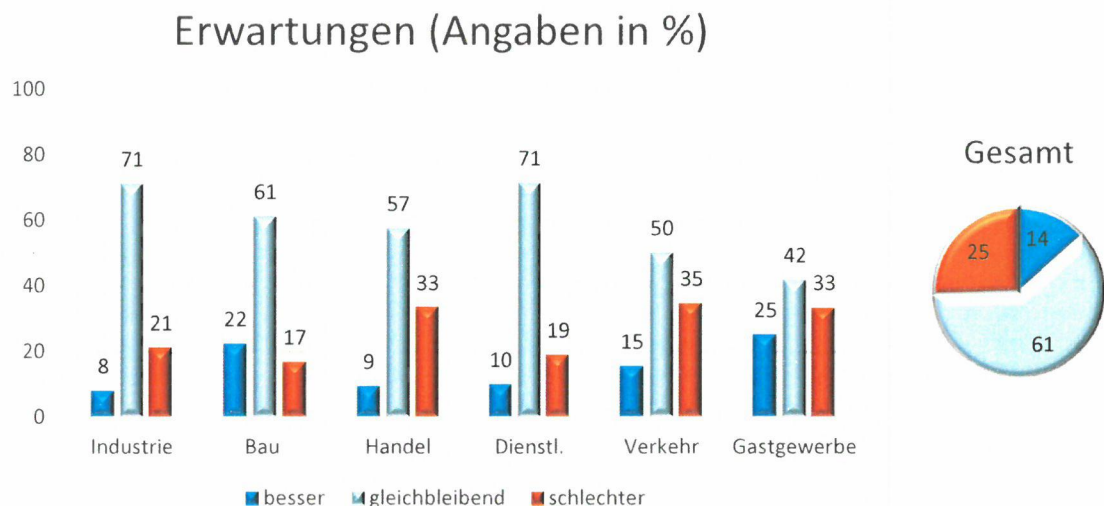


Die Geschäftslage wird von den **Bauunternehmen** zwar nicht mehr so positiv beurteilt wie bei den Vorumfragen, doch immer noch berichtet kein Unternehmen von „schlechten“ Geschäften. Deutlich negativer als bei der Vorumfrage stellt sich offenbar die Gewinnsituation der Unternehmen dar. Weniger Unternehmen halten ihre Gewinnlage für „gut“ und mehr für „schlecht“, so dass der Gewinnlagesaldo von 61 auf 28 Prozentpunkte gefallen ist. Grund für diesen Rückgang sind auch hier Probleme mit den Lieferketten und Preisanstiege bei Baustoffen, von denen die Bauunternehmen ausnahmslos betroffen sind. Aufgrund der längeren Wartezeiten können bestehende Aufträge nicht abgearbeitet werden, der Planungsaufwand der Unternehmen steigt. 61 % der Unternehmen berichten von steigenden Kosten und Ertragsseinbußen. Wenn auch für 83 % der Unternehmen die Rohstoff- und Energiepreisentwicklung zu den größten Geschäftsrisiken in den kommenden 12 Monaten zählt, erwarten sie doch gegenüber dem Status Quo eine gewisse Entspannung. 17 % erwarten sie bis zum Ende der 1. Jahreshälfte und 11 % für die 2. Jahreshälfte 2022. So ist es verständlich, dass sich die Erwartungen der Bauunternehmen für die kommenden 12 Monate gegenüber der Vorumfrage verbessert haben, zumal da die Auftragslage weiterhin von fast allen Unternehmen als „gut“ oder „befriedigend“ bezeichnet wird. Der Erwartungssaldo ist von - 11 auf +6 Prozentpunkte gestiegen.

Dass er nicht noch besser ausfällt, liegt am Fachkräftemangel, den ebenfalls 83 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko nennen. Zwar können aktuell nur gut zwei Drittel der Unternehmen (H 21: 74 %) offene Stellen nicht besetzen und 28 % (H 21: 16 %) haben keinen Personalbedarf, dies wird sich aber ändern, sobald die Lieferkettenprobleme sich aufzulösen beginnen.

Die Investitionsbereitschaft im Baugewerbe hat nachgelassen, so dass der bei der Vorumfrage noch ausgeglichene Investitionssaldo nun bei -17 Prozentpunkten liegt. Neben Ersatzinvestitionen sind Erweiterungsinvestitionen und Investitionen in Produktinnovationen vorgesehen.

Abb. 6



Im Handel hat sich die Lage inzwischen wieder erheblich verschlechtert. Der Ausschluss aller Ungeimpften vom Betreten der Geschäfte des nicht alltäglichen Bedarfs seit Anfang Dezember und die Absage der Weihnachtsmärkte haben das Weihnachtsgeschäft des stationären Einzelhandels schwer beeinträchtigt. Auch wird das Einkaufsvergnügen durch Vorzeigepflichten und die Maskenpflicht geschmälert. 23 % der Unternehmen bezeichnen ihre Gewinnlage als „schlecht“ und im Wesentlichen sind es diese Unternehmen, die nun auch ihre Geschäftslage als „schlecht“ einschätzen. Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe machen ihnen zu schaffen. Als „gut“ bezeichnen nur noch 44 % (H 21: 56 %) der Händler ihre Lage. Die positiven Stimmen kommen aus dem der Bauwirtschaft zuliefernden Großhandel und aus dem Einzelhandel mit Lebensmitteln, IT-Gütern und langlebigen Gebrauchsgütern wie Küchen und Möbeln. 38 % der Händler bieten digitale Vertriebskanäle an. 55 % dieser Händler erzielten 2021 bis zu 10 % ihres Umsatzes auf digitalen Vertriebswegen. Einen Umsatzanteil digitaler Vertriebswege zwischen 10 und 25 % erreichten 15 % der Händler. Weitere 15 % geben an, dass sie über 75 % ihres Umsatzes auf digitalen Vertriebswegen erzielt haben.

Auf die kommenden 12 Monate schauen die Händler mit Sorge. Der Anteil an Unternehmen, die eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage erwarten, ist von 20 % auf 33 % gestiegen. Die Unsicherheit über die zukünftigen Coronabeschränkungen im Einzelhandel macht es ihnen unmöglich, ihren Einkauf z. B. für die kommende Winterware zu planen. Außerdem ist auch der Handel von Lieferschwierigkeiten betroffen. 83 % der Unternehmen klagen über längere Wartezeiten. 92 % sind mit mittelmäßigen bis starken Preissteigerungen beim Wareneinkauf konfrontiert. Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat keine Vorstellung darüber, wann sich die Lieferkettenprobleme wieder auflösen. Auch im Handel wird die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise als größtes Geschäftsrisiko betrachtet. Kostensteigernd wird in diesem Jahr auch die Erhöhung des Mindestlohns auf die angekündigten 12 € wirken. Knapp die Hälfte der Unternehmen sieht in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko.

Die schlechtere wirtschaftliche Lage und die unsicheren Erwartungen dämpfen die Investitionsbereitschaft der Händler, so dass der Investitionssaldo von +12 im Herbst 21 auf jetzt 0 Prozentpunkte gefallen ist. Fast ein Viertel der Handelsunternehmen plant keine Investitionen. Im Vergleich zum Durchschnitt der Branchen spielen Rationalisierungs- und Umweltschutzinvestitionen eine größere Rolle.

Aufgrund der doch wieder die Kundschaft stark beschränkenden Coronamaßnahmen haben viele Unternehmen ihre schon bei der Herbstumfrage angekündigten Pläne zum Einstellen neuer Mitarbeiter revidiert. Fast zwei Drittel der Unternehmen haben zurzeit keinen Personalbedarf und nur 23 % der Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen nicht besetzen können.

Abb. 7

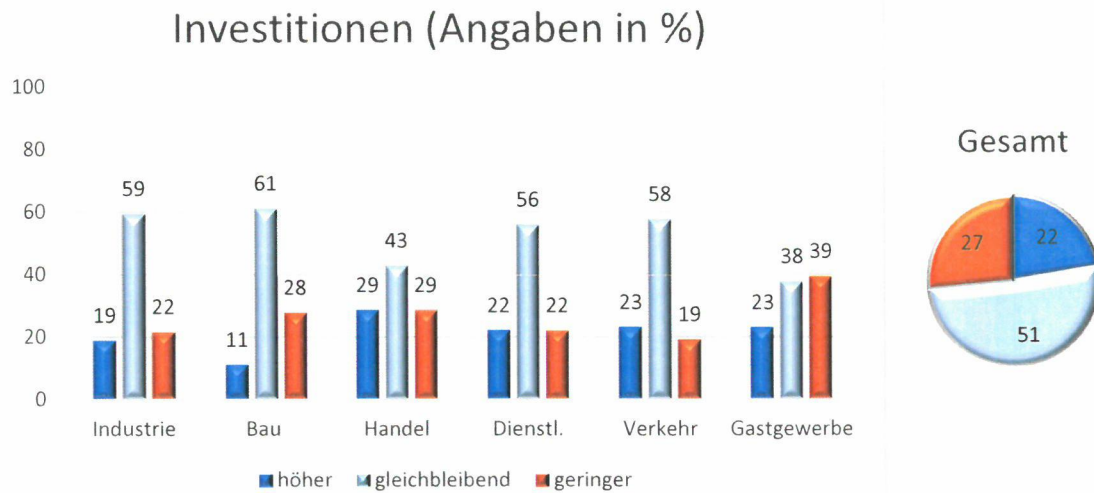
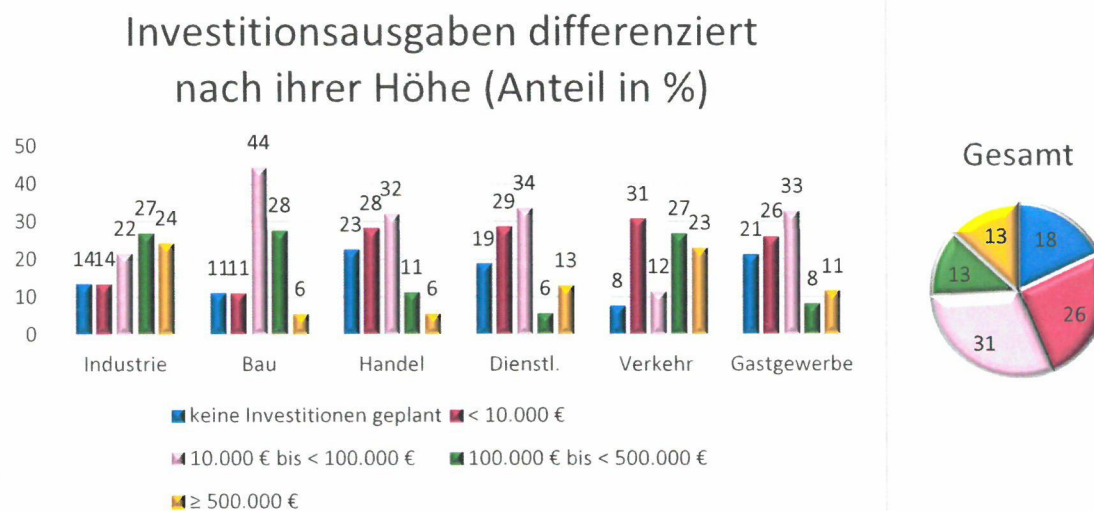


Abb. 8



Die Lage in der sehr heterogenen Gruppe der Dienstleistungsunternehmen hat sich ebenfalls eingetrübt. Ab Anfang Dezember durften Veranstaltungen wie Konzerte, Messen oder auch Weihnachtsmärkte nicht mehr stattfinden. Die Veranstaltungswirtschaft musste somit erneut starke Einbußen hinnehmen. Reisen ist erschwert durch verschiedene „G“-Regeln im Öffentlichen Fernverkehr, im Gastgewerbe und bei Reisen ins Ausland, so dass den Reisebüros Kundschaft wegbleibt. Körpernahe Dienstleistungen, wie Fitnessstudios durften im Befragungszeitraum nur unter „2G+“ operieren. Aber es gibt auch Branchen, die ihre Dienstleistungen im Wesentlichen von Corona unbeeinträchtigt anbieten können. Dazu gehören vor allem das Finanz- und Versicherungsgewerbe, die Immobilienwirtschaft und die IT-Wirtschaft.

30 % der Dienstleistungsanbieter geben inzwischen an, digitale Vertriebskanäle zu nutzen. Bei Versicherungsmaklern liegt dieser Anteil deutlich höher und auch Reisebüros bieten überdurchschnittlich häufig digitale Vertriebskanäle an.

Über alle Dienstleistungsbranchen hinweg ist der Gewinnlagesaldo von 44 auf 23 Prozentpunkte zurückgegangen und wieder mehr Unternehmen klagen über Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsgengpässe. Daher ist der Saldo der Geschäftslage von 61 auf 44 Prozentpunkte gefallen.

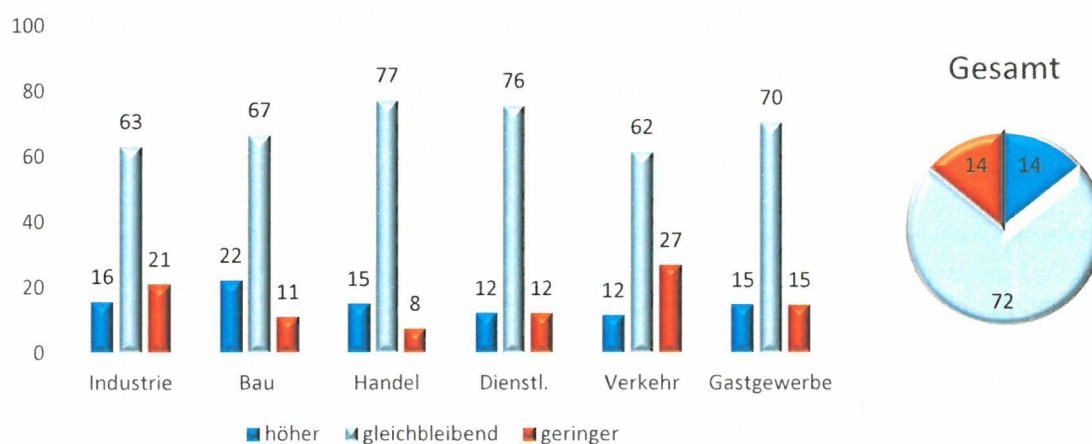
Viele Dienstleistungsbranchen, wie z. B. Versicherungsvermittler, Immobilienmakler oder Reisebüros müssen zur Durchführung ihrer Dienste kaum Vorleistungen einsetzen. Dies erklärt, warum das Dienstleistungsgewerbe von allen Branchen am wenigsten mit Lieferschwierigkeiten und Preisanstiegen von Vorprodukten zu kämpfen hat. Auch Energie- und Rohstoffe werden seltener als in den anderen Branchen zur Leistungserstellung benötigt und stehen daher nicht an erster Stelle unter den Geschäftsrisiken. Dort steht der Fachkräftemangel, aber der Anteil an Unternehmen, für die er ein Geschäftsrisiko darstellt, ist niedriger als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. So ist es zu erklären, dass die Erwartungen im Dienstleistungsgewerbe sich zwar ebenfalls eingetrübt haben, aber dennoch optimistischer sind als in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt.

Die unterschiedliche Betroffenheit der Dienstleistungsunternehmen von coronabedingten Einschränkungen hat Einfluss auf ihre Investitionsbereitschaft, so dass einige ihre Investitionsausgaben steigern, andere kürzen. Der Saldo ist – wie schon in der Vorumfrage – ausgeglichen. Der Anteil an Unternehmen, die keine Investitionen planen, ist von 9 % auf 19 % angestiegen. Ein Drittel der Unternehmen hat dabei Erweiterungsinvestitionen im Blick.

Während die Umfrage im Herbst 2021 einen positiven Impuls der Dienstleistungsbranche auf die Beschäftigung erwarten ließ, ist von einem solchen zurzeit nicht auszugehen. Die Unternehmen, die ihre Beschäftigung zu erhöhen planen und die, die von einer geringeren Beschäftigtenzahl ausgehen, halten sich die Waage.

Abb. 9

Beschäftigung (Angaben in %)



Auch im Verkehrsgewerbe hat sich die Geschäftslage verschlechtert. Während im Güterverkehr die Auftragslage weiterhin gut ist, leiden die Personenverkehrsunternehmen, u. a. Taxis, Reisebusunternehmen wieder unter den coronabedingten Einschränkungen. Das Verkehrsgewerbe insgesamt ist besonders stark vom drastischen Anstieg der Energiepreise betroffen. Der Gewinnlagesaldo ist von +16 auf -23 Prozentpunkte zurückgegangen. Noch stärker als die konventionellen Kraftstoffe ist der Preis für LNG (Flüssigerdgas) in den letzten Monaten gestiegen. Viele Güterverkehrsunternehmen haben inzwischen mit Hilfe öffentlicher Förderung ihre Flotten zu einem signifikanten Anteil auf Flüssiggas umgestellt. Die Fahrzeuge sind aufgrund des hohen LNG-Preises bei den aktuellen Frachtraten wirtschaftlich allerdings nicht zu betreiben. Sie bleiben zum Teil ungenutzt auf den Betriebshöfen stehen. Das senkt die regionale Transportkapazität. Sind noch Dieselfahrzeuge im Unternehmen vorhanden, werden diese verstärkt auf langen Strecken eingesetzt, während die LNG-Fahrzeuge die Kurzstrecken übernehmen. Für die Fuhrunternehmen in der IHK-Region kommt als Wettbewerbsnachteil hinzu, dass die polnische Regierung als Antwort auf die Energiepreissteigerungen die Steuern auf Kraftstoffe temporär reduziert hat.

Wie in den anderen Branchen ist auch unter den Fuhrunternehmen die Unsicherheit darüber, mit welchen Energiepreisen in den kommenden 12 Monaten kalkuliert werden muss, sehr groß. Folglich stellt sich die

Energiepreisentwicklung als größtes Geschäftsrisiko dar. Das und auch die pandemiebedingten Unsicherheiten spiegeln sich in den Geschäftserwartungen der Verkehrsbetriebe wider: Sie sind von -1 auf nun -19 Prozentpunkte gefallen. Trotz der negativen Geschäftserwartungen ist die Investitionsbereitschaft überdurchschnittlich, der Investitionssaldo beträgt +4 Prozentpunkte. Gerade die Energiepreissteigerungen sind Anreiz zu Investitionen in energiesparende Fahrzeuge und so geben schon jetzt 25 % der Unternehmen Umweltschutz als Investitionsmotiv an. Soll Umweltschutz als Investitionsmotiv weiter an Bedeutung gewinnen, müssen den Unternehmen für die Nutzung CO₂-armer Antriebe verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geboten werden.

Der Beschäftigungssaldo liegt bei -15 Prozentpunkten. Er ist Ausdruck des extremen Arbeitskräftemangels in der Branche. 69 % der Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen.

Im Gastgewerbe reduzierte die Einführung von „2G+“ als Voraussetzung zum Betreten von Gaststätten und Hotels Anfang Dezember 2021 die Kundenzahlen, so dass sich für viele Unternehmen die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs nicht lohnt. Betriebliche Weihnachtsfeiern und große Silvesterfeiern konnten nicht durchgeführt werden. Die Finanzlage vieler Unternehmen wird erneut durch Eigenkapitalrückgang (48 %) und Liquiditätsengpässe (26 %) belastet. 8 % der Unternehmen geben an, dass ihnen die Zahlungsunfähigkeit drohe. Deshalb bewerten die Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage wieder sehr negativ. Der Lagesaldo beträgt -13 Prozentpunkte (H 21: +42 Prozentpunkte). 46 % der Unternehmen erwirtschaften ihren Umsatz teilweise über digitale Vertriebswege.

Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate sind positiver als zum Jahresbeginn 2021, aber etwas negativer als aktuell im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Dies lässt sich damit begründen, dass sich im Vergleich zum Vorjahr die Risiken, die das Gastgewerbe durch die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung, den Fachkräftemangel und den Anstieg der Arbeitskosten sieht, verschärft haben. Gegenüber der gewerblichen Wirtschaft insgesamt klagt das Gastgewerbe seltener und in geringerem Ausmaß über Lieferschwierigkeiten, von Preisanstiegen bei Vorprodukten ist es ähnlich stark betroffen.

Die Investitionsbereitschaft ist mit einem Investitionssaldo von -16 Prozentpunkten ähnlich hoch wie vor einem Jahr, aber wesentlich schwächer als zur Vor-Corona-Zeit. Gut ein Fünftel der Unternehmen gibt an, dass keine Investitionsausgaben für die kommenden 12 Monate geplant sind. Bei der Vor-Corona-Umfrage vom Jahresbeginn 2020 hatten dies nur 8 % der Unternehmen gemeldet. Neben Ersatzinvestitionen spielen Produktinnovationen die größte Rolle. Die Gaststätten bieten z. B. vermehrt regionale und saisonale Speisen an. Umweltschutz wird schon seit mehreren Umfragen von etwa einem Viertel der Unternehmen als Investitionsmotiv angegeben. Damit sind u. a. Investitionen in energiesparende Lampen und Küchengeräte, umweltfreundliche Heizungssysteme oder Schwimmbadanlagen gemeint.

Der Fachkräftemangel trifft das Gastgewerbe besonders stark und die Corona-Krise hat die Situation nochmal verschärft. Arbeitskräfte, die während der Lockdowns nicht gehalten werden konnten, sind oft in anderen Branchen untergekommen und wollen aufgrund der ungünstigeren Arbeitszeiten nicht mehr zurück ins Gastgewerbe. Das Ausmaß des Fachkräftemangels wird sich aber erst nach Saisonstart im Frühjahr 2022 und nach Aufhebung der Coronabeschränkungen offenbaren.

Zusammenfassung und Ausblick

- Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen hat sich deutlich verschlechtert und die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind pessimistisch. Hierzu mag beitragen, dass sich während der Pandemie schon viele Hoffnungen als falsch erwiesen haben. Ein schnelles Ende der Pandemie oder eine zügige Auflösung der Lieferkettenprobleme würde die Stimmung der Unternehmen rasch wieder heben.
- Die Energie- und Rohstoffpreise sind zum Geschäftsrisiko Nummer Eins geworden.
- Lieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Vorprodukten bewirken, dass der wirtschaftliche Aufschwung, den die gute Auftragslage in der Industrie und im Baugewerbe ermöglichen würde, sich nicht realisieren kann.
- Die Unternehmen fahren auf Sicht. Unklare Öffnungsperspektiven von pandemiebedingt eingeschränkten Unternehmen und Unsicherheit darüber, wann Lieferketten sowie Rohstoff- und Energiepreise sich wieder normalisieren, schaffen nicht die Investitionsatmosphäre, die für einen kräftigen Aufschwung nötig wäre. Das ist umso gravierender, als die zu erwartenden Zinserhöhungen im Euroraum den Unternehmen Anreize setzen, möglichst bald zu investieren. Es besteht die Gefahr, dass diese Anreize ungenutzt verpuffen.
- Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist ein anhaltendes Hindernis für die Wirtschaftsentwicklung in der Region. Nach Überwinden der Pandemie wird sich dieses Problem mit noch größerer Dringlichkeit zeigen.

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de





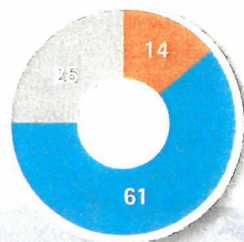
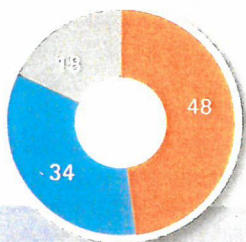
IHK

Die IHKs
in Mecklenburg-Vorpommern

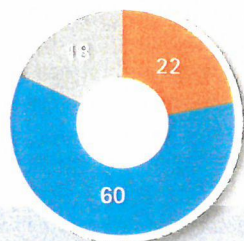
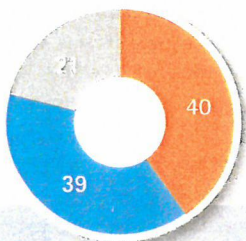
Geschäftslage zu Jahresbeginn 2022 (in Prozent)

Geschäftserwartung zu Jahresbeginn 2022 (in Prozent)

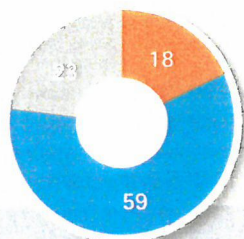
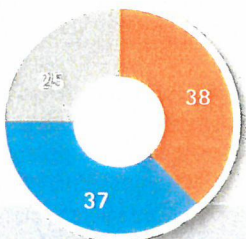
IHK Neubrandenburg
für das östliche
Mecklenburg-Vorpommern



IHK zu Rostock



IHK zu Schwerin



■ gut ■ befriedigend ■ schlecht ■ besser ■ gleich bleibend ■ schlechter

Abweichungen der Summen von 100 ergeben
sich durch Rundungen auf ganze Zahlen.

Konjunkturelle Situation in den IHK-Bezirken

IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern



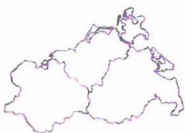
In der IHK-Region Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern haben die pandemiebedingten Einschränkungen im Zuge der vierten und fünften Coronawelle erneut die Wirtschaftslage beeinträchtigt, sodass sie von den Unternehmen nur geringfügig besser eingeschätzt wird als bei der Vorjahresumfrage. Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind dagegen in der aktuellen Umfrage vorsichtiger als vor einem Jahr. Nur noch 14 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verbesserung (Jahresbeginn 2021: 19 Prozent). Zu den Planungsschwierigkeiten, die die direkt von Einschränkungen der Geschäftstätigkeit betroffenen Branchen schon seit Pandemiebeginn belasten, kommen nun auch noch Unsicherheiten aufgrund von Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Waren hinzu. 55 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie von Lieferschwierigkeiten in starkem oder mittlerem Umfang betroffen sind. Zwei Drittel der Unternehmen erleiden dadurch Ertragseinbußen, 58 Prozent klagen über längere Wartezeiten und jedes zweite Unternehmen über einen gestiegenen Planungsaufwand.

IHK zu Rostock



Auch im zweiten Jahr hat die Coronapandemie die gewerbliche Wirtschaft im Bezirk der IHK zu Rostock fest im Griff. Die zarte Hoffnung auf einen Aufschwung im Herbst 2021 wurde mit dem Aufkommen der Deltavariante des SARS-CoV-2-Virus wenige Wochen später wieder zunichtegemacht. Die notwendig gewordene Intensivierung der Coronamaßnahmen hat die konjunkturelle Erholung wieder deutlich gedämpft. Der IHK-Geschäftsklimaindex erholte sich im Verlauf des Jahres 2021 von 89 auf 120 Punkte und sinkt zum Jahresbeginn 2022 auf einem Wert von 111 Indexpunkten ab. Die erneute konjunkturelle Abschwächung basiert im Wesentlichen auf einer Eintrübung der Geschäftslagebeurteilungen bei nahezu konstant ausgeglichenen Zukunftserwartungen im Vergleich zur Vorumfrage (Herbst 2021). Aktuell schätzen vier von zehn Unternehmen die eigene wirtschaftliche Situation positiv ein. Etwa halb so viele konstatieren eine schlechte Lage. Im vergangenen Herbst lag dieser Wert noch bei lediglich 19 Prozent. Bei den Geschäftsaussichten überwiegen die optimistischen Ausblicke die skeptischeren Prognosen ganz leicht, wohingegen 60 Prozent der antwortenden Unternehmen weder von einer Verbesserung noch von einer Verschlechterung ihrer Lage ausgehen. Die erneut beschlossenen restriktiven Kontaktbeschränkungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung habe die besonders betroffenen Branchen wie das Gastgewerbe (Lagesaldo: minus 35 Prozentpunkte) und den Einzelhandel (Lagesaldo: minus 12 auf sieben Prozentpunkte) stark in Mitleidenschaft gezogen.

IHK zu Schwerin



Die Wirtschaft in Westmecklenburg startet verhalten in das Jahr 2022. Die Auswirkungen der SARS-CoV-2-Pandemie sowie Lieferengpässe und steigende Preise für Energie- und Rohstoffe setzen den Unternehmen zu. Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie zum Jahresauftakt 2021. Sie liegen jedoch deutlich unter den Werten vom vergangenen Herbst. Dies spiegelt sich auch im IHK-Konjunkturklimaindex für Westmecklenburg wider. Der Index, der die Lage und Erwartungen der Unternehmen gleichrangig und im Zeitverlauf darstellt, fällt um 16,2 Punkte auf aktuell 107,8 Zähler.

Ansprechpartner der Konjunkturumfragen

IHK Neubrandenburg
Dr. Dorothea Lucke
Telefon 0395 5597-203
dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de

IHK zu Rostock
Dipl.-Vw. Mario Rothaupt
Telefon 0381 338-240
rothaupt@rostock.ihk.de
www.rostock.ihk24.de

IHK zu Schwerin
Marco Woldt (M.A. Int. Eco.)
Telefon 0385 5103-207
woldt@schwerin.ihk.de
www.ihkzuschwerin.de

Der Text sowie die frei nutzbaren Grafiken sind unter www.ihkzuschwerin.de abrufbar. Mit dem Konjunkturbericht zum Jahresbeginn 2022 präsentieren die Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern die Ergebnisse der aktuellen Umfrage. Grundlage sind repräsentative Befragungen von rund 6.600 IHK-zugehörigen Unternehmen in den Bezirken der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern, der Industrie- und Handelskammer zu Rostock und der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin. Die Rücklaufquote liegt bei 15 Prozent. Die Antworten verteilen sich auf die Industrie (14 Prozent), die Bauwirtschaft (5 Prozent), den Handel (21 Prozent), das Verkehrsgewerbe (8 Prozent) und die Dienstleistungsbranche (53 Prozent). Die Umfrage fand von Mitte Dezember 2021 bis Mitte Januar 2022 statt. Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Summe der in den Grafiken ausgewiesenen Prozentsätze geringfügig von 100 abweicht.

© Die Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern | Neubrandenburg, Rostock, Schwerin

potenziellen Auszubildenden ist mehrheitlich vorhanden. Die Zahlen lassen die Interpretation zu, dass vor allem spezifische Qualifikationen schwierig zu finden sind. Der Fachkräftemangel wird von 57 der Befragten als Hemmnis benannt. Der Wert für dieses Risiko liegt damit leicht unter dem Vorkrisenniveau zum Jahresbeginn 2020. Damals lag der Wert bei exakt zwei Dritteln. Der Mangel an Personal wird eine Herausforderung sein, die sich mindestens durch die gesamten 20er Jahre ziehen wird. Damit verbunden ist die Belastung durch steigende Arbeitskosten. Diese nennen 43 Prozent der Befragten. Darunter fällt nicht ausschließlich das Thema Mindestlohn, der im Laufe des Jahres erhöht werden soll, sondern auch Mehrbelastungen, die sich im Zuge des Mangels an Personal einstellen. Im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ haben es die Unternehmen nicht nur mit einem durch Arbeitnehmer dominierten Arbeitsmarkt zu tun. Sie müssen sich außerdem mit vielfältigen Herausforderungen bei der Gewinnung und Sicherung von Fachkräften, wie länger unbesetzte Stellen, höhere Fluktuation durch eine stärker wechselbereite junge Generation oder einer im Durchschnitt älter werdende Belegschaft und deren Gesunderhaltung, auseinandersetzen.

Trübere Aussichten bei Exporten

Die Ausfuhrerwartungen der exportierenden Unternehmen trüben sich etwas ein. Damit bleiben sie weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Verschiedenartige Engpässe in den Wertschöpfungsketten spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Hinzu kommen die Unsicherheiten durch die weltweite Pandemie und geopolitische Spannungen.

Energie- und Rohstoffpreise sind Risiko Nr. 1

Die Entwicklung steigender Energie- und Rohstoffpreise hat nochmals deutlich an Brisanz gewonnen. In der Umfrage Jahresbeginn 2021 bewerteten 36 Prozent der Befragten steigende Preise als Risiko ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Inzwischen sehen 70 Prozent darin ein Geschäftsrisiko. Besonders Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe und der Baubranche berichten über hohe Belastungen. Ein sichtbarer Anstieg findet sich jedoch in allen betrachteten Branchen. Des Weiteren berichten auch kleinere Betriebe von spürbaren Belastungen, besonders aufgrund steigender Kosten für Energie.

Drei Viertel im größeren Umfang betroffen

45 Prozent der Unternehmen melden, dass sie durch Preissteigerungen in erheblichem Umfang belastet sind. Das umfasst sowohl höhere Energie- und Rohstoffpreise als auch Kostensteigerungen bedingt durch Lieferengpässe. Weitere 32 Prozent sind nach eigenen Angaben in einem mittleren Umfang sowie 11 Prozent in einem geringen Umfang betroffen. Nur rund jedes 10. Unternehmen meldet, keine Auswirkungen zu spüren.

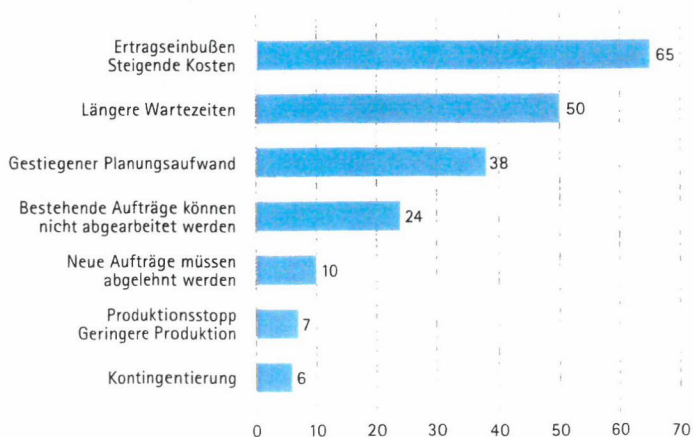
Zusätzliche Belastung

Die Auswirkungen sind dabei unterschiedlich gelagert. Zwei Drittel der Unternehmen hat mit Ertragseinbußen bzw. steigenden Kosten zu kämpfen. Jedes zweite Unternehmen verweist auf längere Wartezeiten für Rohstoffe, Vorprodukte oder Waren. Über einen gestiegenen Planungsaufwand berichten 38 Prozent. Dass sie bestehende Aufträge nicht abarbeiten können oder keine neuen aufnehmen können, melden 24 bzw. 10 Prozent der Unternehmen. 7 Prozent sprechen sogar von einem Stopp der Produktion und 6 Prozent von einer Kontingentierung.

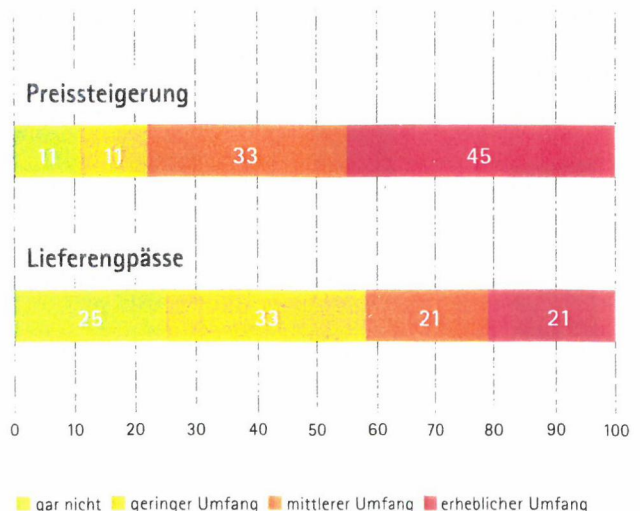
Besserung kaum absehbar

Wann mit einer Besserung bei der für die Unternehmen relevanten Versorgung mit Rohstoffen, Vorprodukten und Waren zu rechnen sei, ist für 41 Prozent der Unternehmen nicht absehbar. 12 Prozent rechnen gar mit keiner spürbaren Verbesserung in absehbarer Zeit. Ein Drittel der Befragten setzt auf das zweite Halbjahr 2022 oder auf nächstes Jahr. Weniger als 10 Prozent erwarten eine Entspannung der Versorgungslage in den kommenden 6 Monaten.

Auswirkungen von Preisanstiegen und Lieferengpässen (Angaben in Prozent)



In welchem Umfang belasten Lieferengpässe und Preissteigerungen die Unternehmen? (Angaben in Prozent)



Aktuelle Lage: starke Unterschiede zwischen den Branchen

Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage unterscheiden sich erheblich zwischen den einzelnen Branchen. Die Bauwirtschaft steht weiterhin sehr gut da. Personal- und teilweise Materialmangel sind derzeit häufig genannte Herausforderungen. In der Industrie mit dem verarbeitenden Gewerbe als Schwerpunkt hat sich die Stimmung im Vergleich zur Umfrage Jahresbeginn 2021 etwas aufgehellt. Hier sind neben dem Personalmangel gerade die gestiegenen Material- und Energiepreise wesentliche Themen. Sichtbar verhaltener ist die aktuelle Stimmung im Handel, Verkehr sowie bei den Dienstleistungen. Unter den Dienstleistern befinden sich auch die Hotellerie und Gastronomie. Hier belasten die Beschränkungen die Betriebe weiterhin stark. Der stationäre Handel rechnet damit, dauerhaft Kunden an den Onlinehandel verloren zu haben.

Erwartungen spiegeln die Verunsicherung der Betriebe

Zwar haben sich die Erwartungen im Zuge der vierten und fünften Pandemiewelle verschlechtert, gegenüber der Vorjahresumfrage haben sie sich jedoch stabilisiert. Derzeit erwartet rund jedes 5. Unternehmen, dass sich die Situation weiter eintrübt. Zum Jahresbeginn 2021 befürchtete noch jedes 3. Unternehmen eine Verschlechterung. Eine eher pessimistische Einstellung findet sich bei den von den Maßnahmen besonders betroffenen Branchen wie dem Handel und Reisebereich. Die Hoffnungen ruhen darauf, dass mit dem Durchstehen des Winters die Pandemie endemisch wird und bestehende Maßnahmen mit Einsetzen des Frühlings auslaufen können. Solange die Entwicklung nicht eindeutig ist, bleibt die Unsicherheit unter den Unternehmen hoch. Hinzu kommen Sorgen um steigende Energiepreise, die auch kleinere Betriebe stark betreffen.

Problematische Finanzlage bleibt bestehen

Die Auswirkungen der Coronapandemie zeren weiterhin an der finanziellen Substanz. Besonders zeigt sich das bei den Unternehmen, die direkt von Maßnahmen wie 2G/2G-Plus oder gar von Schließungen, Untersagungen und Reiseverboten betroffen waren, wie beispielsweise Betriebe der Reisebranche sowie des Veranstaltungs- und Freizeitbereichs. 43 Prozent der Unternehmen geben eine problematische Finanzlage an. Am häufigsten wird mit 27 Prozent der Rückgang von Eigenkapital benannt. Besonders die Branchen Dienstleistungen, Handel und Verkehr melden hier Probleme. Aktuell melden 18 Prozent der Unternehmen einen Liquiditätsengpass. Wenig überraschend betrifft das besonders die Dienstleister und Einzelhändler, doch auch Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Von einer Insolvenz sehen sich 4 Prozent der Befragten bedroht. Der Wert liegt damit unter dem Vorjahresniveau von 6 Prozent.

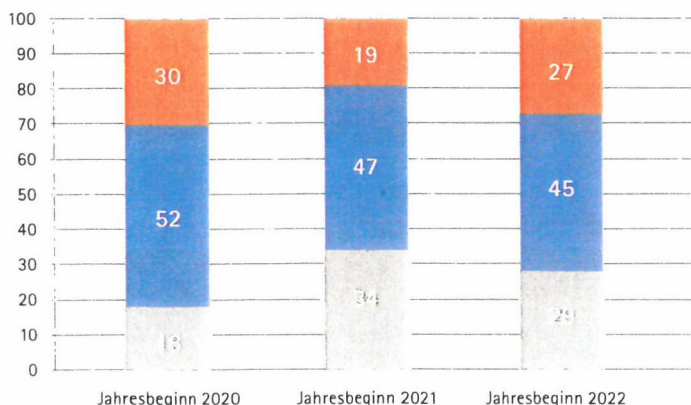
Investitionen hellen sich leicht auf

Die schwierige Finanzlage schlägt sich auch in den Investitionsplanungen der Unternehmen nieder. Die Investitionsbereitschaft ist zwar im Vergleich zum Jahresanfang 2021 etwas gestiegen, bleibt aber deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Drei Viertel der Unternehmen investieren in Ersatz und Modernisierungsmaßnahmen. Die weiteren Investitionsmotive Rationalisierung, Innovationen und Erweiterungen bewegen sich alle im Bereich von 25 bis 29 Prozent. Das Investitionsziel Umweltschutz wird mit 21 Prozent weniger häufig genannt. Allerdings ist hier hervorzuheben, dass sich der Anteil in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht hat. So lag der Wert im Jahr 2016 mit 8 Prozent noch im einstelligen Bereich.

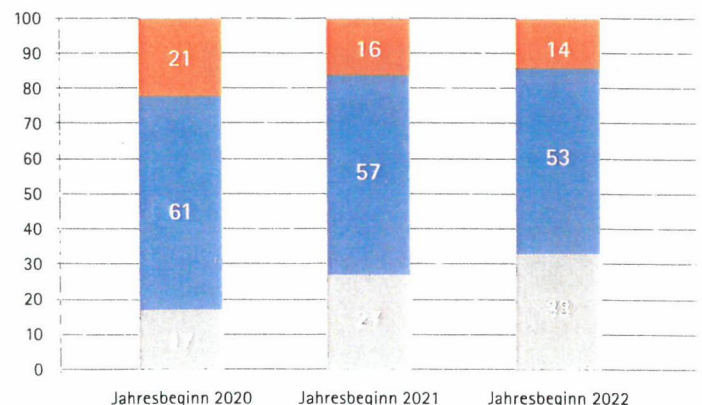
Personalplanungen verbessern sich etwas

Die Beschäftigungsabsichten der gewerblichen Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern haben noch nicht die positive Dynamik des Vorkrisenniveaus erreicht. Aktuell planen 17 Prozent der Unternehmen neues Personal einzustellen und 68 Prozent wollen ihre Belegschaft auf dem jetzigen Stand halten. 15 Prozent erwarten einen Abbau von Beschäftigung. Dabei spielen Verrentungen der Belegschaft eine Rolle. Der Bedarf an qualifiziertem Personal und

Investitionspläne der Unternehmen
(Angaben in Prozent)



Exportorerwartungen der exportierenden Unternehmen
(Angaben in Prozent)

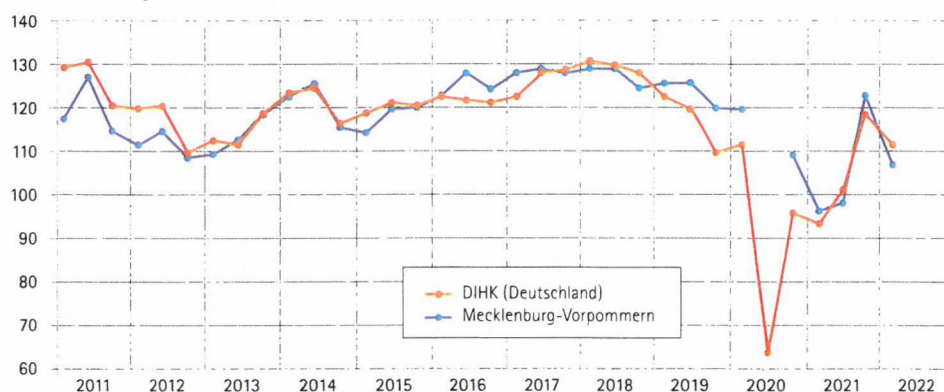


IHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2022 Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf einen Blick

Zwischen Hoffen und Bangen

Seit knapp zwei Jahren beschäftigt die SARS-CoV-2-Pandemie die Wirtschaft. Im zweiten Winter mit Corona liegt die gesamtwirtschaftliche Einschätzung weiterhin zwischen Hoffen und Bangen. Zwar hat sich bei den Unternehmen mit der Zeit eine gewisse Routine im Umgang mit der Coronapandemie eingestellt, dennoch sind die Krankheit und die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen für viele Unternehmen weiterhin herausfordernd. Hinzu kommen Entwicklungen wie Lieferengpässe und deutliche Preissteigerungen. Diese stellen zusätzliche Belastungen dar und erhöhen die Unsicherheit beim Ausblick auf das Jahr 2022.

IHK-Konjunkturklimaindicator MV und DIHK

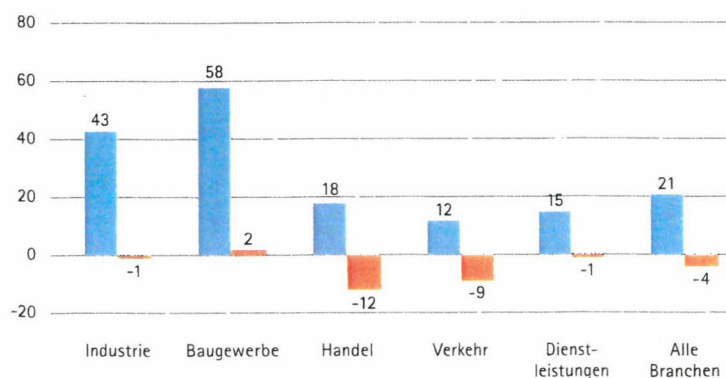


Die Konjunkturumfrage Frühlingssemester 2020 wurde auf Landesebene nichttemperaturbedingt nicht durchgeführt. Daher können hier für keine Vergleichswerte ausgewiesen werden.

Im Spätsommer beziehungsweise frühen Herbst vergangenen Jahres hatten viele Unternehmen noch die Hoffnung, dass sich ein Winter wie 2020/2021 nicht wiederholen würde. Zwar mussten in diesem Winter insgesamt weniger Branchen komplett schließen, doch Beschränkungen im Handel (2G) und in der Gastronomie sowie in vielen Freizeitbereichen (2G Plus) haben sich laut der betroffenen Unternehmen spürbar auf ihre wirtschaftliche Situation ausgewirkt.

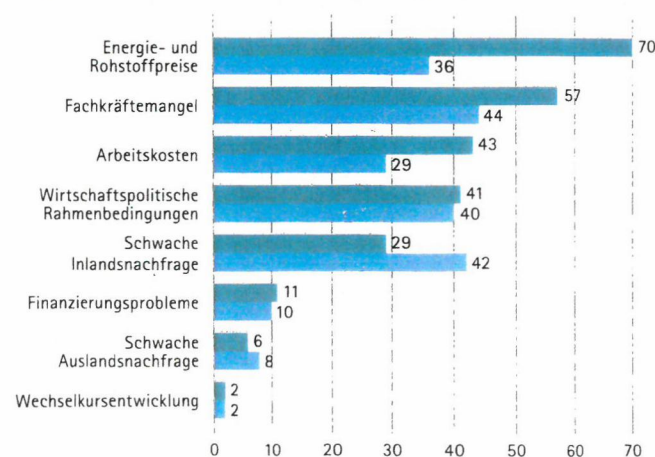
Die erneute Eintrübung des Geschäftsklimas spiegelt sich im IHK-Konjunkturklimaindicator für Mecklenburg-Vorpommern wider. Im Oktober 2021 lag der Indikator noch bei 124 Punkten und damit nach dem historischen Tiefpunkt von 2020 wieder deutlich im positiven Bereich. Zum Jahresbeginn 2022 ist der Wert auf 108 Punkte gefallen.

Konjunktursalden nach Branchen zum Jahresbeginn 2022 Differenz zwischen positiven und negativen Einschätzungen (Angaben in Prozentpunkten)



■ Geschäftslage ■ Geschäftserwartungen

Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresbeginn 2022 (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

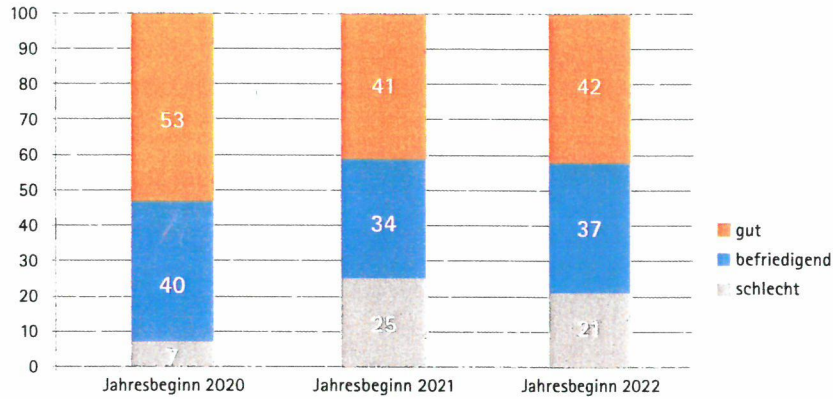


■ Jahresbeginn 2022 ■ Jahresbeginn 2021

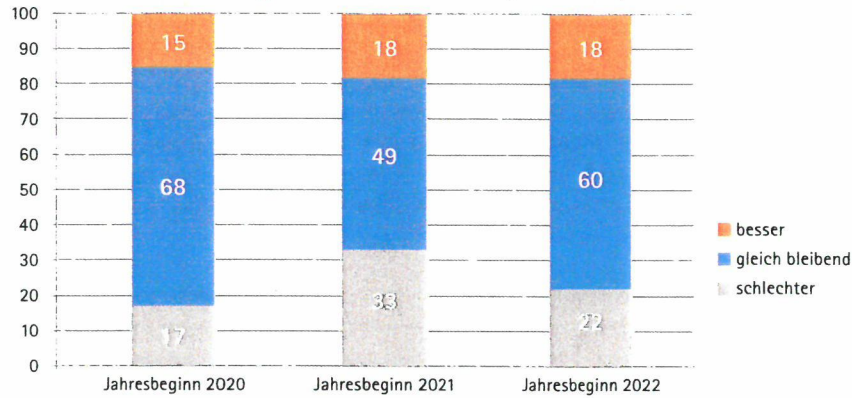
IHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2022

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf einen Blick

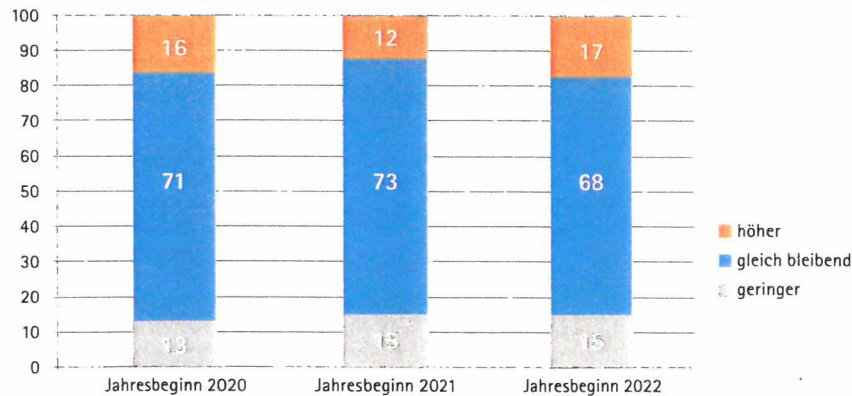
Geschäftslage im Urteil der Unternehmen (in Prozent)



Geschäftserwartungen der Unternehmen (in Prozent)



Beschäftigungspläne der Unternehmen (in Prozent)



IHK

Die IHKs
in Mecklenburg-Vorpommern